

Protokoll 66. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 28. Oktober 2015, 17.00 Uhr bis 19.17 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Matthias Wiesmann (GLP)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Christina Hug (Grüne)

Anwesend: 122 Mitglieder

Abwesend: Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Thomas Schwendener (SVP), Ursula Uttinger (FDP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|----|--------------------------|---|------------|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 2. | 2015/131 | Weisung vom 13.05.2015:
Immobilien Stadt Zürich und Kultur, Verein Theater Rigiblick,
Erhöhung des Erlasses der Kostenmiete 2016–2017 | VHB
STP |
| 3. | 2015/130 | Weisung vom 13.05.2015:
Stadtentwicklung, Informationsangebote für die ausländische
Bevölkerung, Bericht zum Pilotprojekt «ergänzende Informati-
onsprodukte», Weiterführung ab 2016, wiederkehrende Ausga-
ben | STP |
| 5. | 2015/17 | A/P Motion der Grüne-Fraktion vom 21.01.2015:
Verhandlung über ein «Trade in Services Agreement (TiSA)»,
Erklärung der Stadt zur TiSA-freien Zone | STP |
| 6. | 2015/19 | E/A Postulat der Grüne-Fraktion vom 21.01.2015:
Verhandlung über ein «Trade in Services Agreement (TiSA)»,
Auswirkungen des Abkommens für die Stadt sowie Möglichkei-
ten für ein Engagement gegen das Vorgehen des Bundesrats | STP |
| 7. | 2015/263 | E/T Globalbudgetantrag von Dr. Daniel Regli (SVP) und Martin Götzl
(SVP) vom 19.08.2015:
Museum Rietberg, Festlegung der Steuerungsvorgabe «Be-
suchszahlen Gesamtmuseum» auf der Grundlage der von
externen Besuchern bezahlten Eintritten | STP |

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

An der nachfolgenden Fraktionserklärung werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

1358. 2015/342

Erklärung der AL-Fraktion vom 28.10.2015: Verdacht auf gewerbmässigen Wucher in Liegenschaften in der Stadt, Haltung des Stadtrats zu den Missständen

Namens der AL-Fraktion verliest Andreas Kirstein (AL) folgende Fraktionserklärung:

Lotterhäuser locken Sozialvorstand Golta in die Argumentationsfalle

Letzte Woche haben Kantons- und Stadtpolizei Zürich eine grosse Razzia in drei Liegenschaften in der Stadt Zürich wegen des Verdachts auf gewerbmässigen Wucher durchgeführt, in dessen Gefolge die Staatsanwaltschaft ein entsprechendes Verfahren eröffnet und vier Verdächtige in Untersuchungshaft gesetzt hat. Auch wenn damit die Probleme der Mieterschaft nicht unmittelbar gelöst sind, begrüsst die AL das klare Handeln von Staatsanwaltschaft und Polizei. Mit der umfassenden Sicherung von Beweismitteln sind die Chancen auf eine Verurteilung einer Vermieterschaft gross, die sich schamlos an der Notlage ihrer Klienten bereichert hat. Auch ist auf eine gewisse Abschreckungswirkung gegenüber skrupellosen Immobilienspekulanten zu hoffen.

Mit grossem Erstaunen und Ärger musste die AL dann Kenntnis nehmen, mit welchen Worten Sozialvorsteher Raphael Golta die Ereignisse kommentierte. Es begann im Tagesanzeiger letzte Woche und fand in der NZZ am Sonntag vom 25.10. einen vorläufigen traurigen Höhepunkt. Mit Aussagen wie „Lotterhäuser locken Sozialfälle nach Zürich“ oder diese Wohnungen seien „Durchlauferhitzer“ und ein Einfallstor für den Bezug von Sozialhilfe in der Stadt Zürich, wird bewusst oder unbewusst gegen alle Sozialhilfebeziehende Stimmung gemacht. Mit solchen Aussagen werden Sozialhilfebezügern und Randständigen aller Art das Recht auf freie Wohnsitznahme abgesprochen und die Profiteure aus der Immobilienbranche zu Schleppern ins Stadtzürcher Sozialnetz gestempelt. Der Metropolitanraum Zürich ist für den Sozialvorsteher offensichtlich nur bei der Entwicklung des Wirtschaftsmotors eine Perspektive und für diejenigen, welche Mühe haben hier mitzuhalten, soll der alte Satz „Stadtluft macht frei“ offensichtlich keine Gültigkeit besitzen.

Die AL fordert Stadtrat Golta auf, bei seiner Arbeit wieder Mass an allen Menschen zu nehmen, die in dieser Stadt von Armut und Abzocke betroffen sind. Die Unterscheidung in Hiesige und Zugezogene ist eine Argumentationsfalle, die unbewusst aber nicht minder wirksam die rechte Hetze gegen alles Aussenstehende fördert.

Geschäfte

1359. 2015/131

Weisung vom 13.05.2015: Immobilien Stadt Zürich und Kultur, Verein Theater Rigiblick, Erhöhung des Erlasses der Kostenmiete 2016–2017

Ausstand: Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP)

Antrag des Stadtrats

1. Dem Verein Theater Rigiblick wird in Abänderung von Dispositiv-Ziff. 1 des Gemeinderatsbeschlusses vom 6. November 2013 (GR Nr. 2013/248) für die Jahre 2016 und 2017 der Erlass der um maximal Fr. 18 851.– erhöhten Kostenmiete von bisher Fr. 183 912.– auf insgesamt neu maximal Fr. 202 763.– gewährt. Zusammen

mit dem unveränderten Unterstützungsbeitrag von Fr. 304 889.– ergeben sich jährlich wiederkehrende Beiträge von insgesamt neu maximal Fr. 507 652.–.

2. Der Beitrag wird jährlich der Teuerungsentwicklung angepasst. Massgebend ist der Zürcher Index der Konsumentenpreise (Start: Indexstand 1. Januar 2016). Eine negative Jahreststeuerung führt nicht zu einer Beitragsreduktion, wird aber in den Folgejahren mit positiven Indexwerten verrechnet. Weist die letzte Jahresrechnung einen Bilanzfehlbetrag aus, kann der Stadtrat ganz oder teilweise auf die Anpassung verzichten.

Referentin zur Vorstellung der Weisung: Heidi Egger (SP)

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 1.

Mehrheit:	Heidi Egger (SP), Referentin; Präsidentin Christina Hug (Grüne), Vizepräsidentin Isabel Garcia (GLP), Cordula Bieri (Grüne), Christian Huser (FDP), Rosa Maino (AL), Markus Merki (GLP), Mark Richli (SP), Hans Urs von Matt (SP)
Minderheit:	Dr. Daniel Regli (SVP), Referent; Martin Götzl (SVP)
Abwesend:	Nicolas Esseiva (SP), Severin Pflüger (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 20 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 2.

Mehrheit:	Heidi Egger (SP), Referentin; Präsidentin Christina Hug (Grüne), Vizepräsidentin Isabel Garcia (GLP), Cordula Bieri (Grüne), Christian Huser (FDP), Rosa Maino (AL), Markus Merki (GLP), Mark Richli (SP), Hans Urs von Matt (SP)
Minderheit:	Dr. Daniel Regli (SVP), Referent; Martin Götzl (SVP)
Abwesend:	Nicolas Esseiva (SP), Severin Pflüger (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 20 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Dem Verein Theater Rigiblick wird in Abänderung von Dispositiv-Ziff. 1 des Gemeinderatsbeschlusses vom 6. November 2013 (GR Nr. 2013/248) für die Jahre 2016 und 2017 der Erlass der um maximal Fr. 18 851.– erhöhten Kostenmiete von bisher Fr. 183 912.– auf insgesamt neu maximal Fr. 202 763.– gewährt. Zusammen mit dem unveränderten Unterstützungsbeitrag von Fr. 304 889.– ergeben sich jährlich wiederkehrende Beiträge von insgesamt neu maximal Fr. 507 652.–.

2. Der Beitrag wird jährlich der Teuerungsentwicklung angepasst. Massgebend ist der Zürcher Index der Konsumentenpreise (Start: Indexstand 1. Januar 2016). Eine negative Jahreststeuerung führt nicht zu einer Beitragsreduktion, wird aber in den Folgejahren mit positiven Indexwerten verrechnet. Weist die letzte Jahresrechnung einen Bilanzfehlbetrag aus, kann der Stadtrat ganz oder teilweise auf die Anpassung verzichten.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 4. November 2015 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 3. Dezember 2015)

1360. 2015/130

Weisung vom 13.05.2015:

Stadtentwicklung, Informationsangebote für die ausländische Bevölkerung, Bericht zum Pilotprojekt «ergänzende Informationsprodukte», Weiterführung ab 2016, wiederkehrende Ausgaben

Antrag des Stadtrats

1. Der Zwischenbericht des Stadtrats zum Pilotprojekt «ergänzende Informationsprodukte» wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Zur Weiterführung der im Rahmen des Pilotprojekts neu aufgebauten «ergänzenden Informationsprodukte» ab dem Jahr 2016 werden jährliche Ausgaben von maximal Fr. 300 000.– bewilligt.

Referent zur Vorstellung der Weisung: Hans Urs von Matt (SP)

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 1.

Mehrheit:	Hans Urs von Matt (SP), Referent; Vizepräsidentin Isabel Garcia (GLP), Heidi Egger (SP), Nicolas Esseiva (SP), Markus Knauss (Grüne) i. V. von Präsidentin Christina Hug (Grüne), Rosa Maino (AL), Markus Merki (GLP), Severin Pflüger (FDP), Mark Richli (SP)
Minderheit:	Martin Götzl (SVP), Referent; Dr. Daniel Regli (SVP)
Abwesend:	Cordula Bieri (Grüne), Christian Huser (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 21 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 2.

Mehrheit: Hans Urs von Matt (SP), Referent; Vizepräsidentin Isabel Garcia (GLP), Heidi Egger (SP), Nicolas Esseiva (SP), Markus Knauss (Grüne) i. V. von Präsidentin Christina Hug (Grüne), Rosa Maino (AL), Markus Merki (GLP), Severin Pflüger (FDP), Mark Richli (SP)
 Minderheit: Martin Götzl (SVP), Referent; Dr. Daniel Regli (SVP)
 Abwesend: Cordula Bieri (Grüne), Christian Huser (FDP)

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs.1 lit. c Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 21 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Der Zwischenbericht des Stadtrats zum Pilotprojekt «ergänzende Informationsprodukte» wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Zur Weiterführung der im Rahmen des Pilotprojekts neu aufgebauten «ergänzenden Informationsprodukte» ab dem Jahr 2016 werden jährliche Ausgaben von maximal Fr. 300 000.– bewilligt.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 4. November 2015 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 3. Dezember 2015)

1361. 2015/17

Motion der Grüne-Fraktion vom 21.01.2015:

Verhandlung über ein «Trade in Services Agreement (TiSA)», Erklärung der Stadt zur TiSA-freien Zone

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Katharina Prelicz-Huber (Grüne) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 660/2015).

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Katharina Prelicz-Huber (Grüne) ist einverstanden die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Markus Hungerbühler (CVP) stellt den Ablehnungsantrag zum Postulat.

Das Postulat GR Nr. 2015/343 (statt Motion GR Nr. 2015/17, Umwandlung) wird mit 83 gegen 39 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

1362. 2015/19**Postulat der Grüne-Fraktion vom 21.01.2015:
Verhandlung über ein «Trade in Services Agreement (TiSA)», Auswirkungen des
Abkommens für die Stadt sowie Möglichkeiten für ein Engagement gegen das
Vorgehen des Bundesrats**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Katharina Prelicz-Huber (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 662/2015).

Markus Hungerbühler (CVP) begründet den namens der CVP-Fraktion am 4. März 2015 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Das Postulat wird mit 62 gegen 60 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

1363. 2015/263**Globalbudgetantrag von Dr. Daniel Regli (SVP) und Martin Götzl (SVP) vom
19.08.2015:
Museum Rietberg, Festlegung der Steuerungsvorgabe «Besuchszahlen Gesamt-
museum» auf der Grundlage der von externen Besuchern bezahlten Eintritten**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, den Globalbudgetantrag zur Prüfung entgegenzunehmen.

Dr. Daniel Regli (SVP) begründet den Globalbudgetantrag (vergleiche Beschluss-Nr. 1170/2015).

Urs Helfenstein (SP) zieht den von Min Li Marti (SP) namens der SP-Fraktion am 30. September 2015 gestellten Textänderungsantrag zurück und stellt einen Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Der Globalbudgetantrag wird mit 68 gegen 53 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

1364. 2015/344

Schriftliche Anfrage von Markus Knauss (Grüne) und Simone Brander (SP) vom 28.10.2015:

Kompensation von Parkplätzen in der Blauen Zone im Rahmen der Strategie «Stadtverkehr 2025», Stand der bisherigen Umsetzung sowie Gründe für die Sistierung des Projekts

Von Markus Knauss (Grüne) und Simone Brander (SP) ist am 28. Oktober 2015 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Um den Auftrag aus der Gemeindeordnung, den Anteils des Autoverkehrs am Modalsplit um 10 Prozentpunkte zu reduzieren, zu erfüllen, hält die Stadt Zürich in ihrer Strategie zum Stadtverkehr 2025 als Massnahme fest: «Eine restriktive Parkierungspolitik beeinflusst den Modalsplit zugunsten des öV und Veloverkehrs massgeblich. (...) Eine Beschränkung der privaten Parkierung und das Ermöglichen autoarmer Nutzungen gemäss städtischer Parkplatzverordnung (PPV) entsprechen dem Trend zu autofreien Haushalten. Im Rahmen neu erstellter privater Parkierungsanlagen ermöglicht die damit verbundene Kompensation von blau markierten Parkplätzen die Aufwertung des Strassenraums.» Mit dieser Vorgabe wird auch das kantonale Planungs- und Baugesetz umgesetzt, das im § 242, Abs. 2 festhält: «Im Normalfall soll die Zahl der Abstellplätze so festgelegt werden, dass die Fahrzeuge der Benutzer einer Baute oder Anlage ausserhalb des öffentlichen Grundes aufgestellt werden können. ...»

Parkplätze der Blauen Zone sind von daher nur eine Übergangslösung und sollten mittelfristig aufgehoben werden. Damit wird insbesondere auch eine Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Raumes erreicht: Defizite bei der Planung von Velorouten oder Raum für FussgängerInnen oder bei der öV-Beschleunigung können behoben und mehr Grün- und Freiraum (u. a. Umsetzung des Alleenkonzepes) kann geschaffen werden. Insbesondere der letzte Punkt erlaubt es, Defizite bei der Versorgung mit Grün- und Freiraum zu beheben und die Anforderungen der Klimaanalyse zu erfüllen.

In «Stadtverkehr 2025, Beilage zum Bericht 2014» lesen wir nun aber, dass das Projekt zur Kompensation der Parkplätze in der Blauen Zone im Rahmen der Erstellung privater Parkplätze 2014 sistiert wurde.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Warum ist die Umsetzung des Projektes Kompensation von Parkplätzen in der Blauen Zone 2014 sistiert worden?
2. Ist der Stadtrat daran interessiert, Aufwertungen des öffentlichen Raumes, die Planung von Velorouten oder Fusswegen oder die Verbesserungen von Verbindungen des öffentlichen Verkehrs mit der Aufhebung von Parkplätzen noch umzusetzen?
3. Die Selbstkosten eines Parkplatzes in einer Tiefgarage liegen schnell einmal bei 200 Franken oder mehr pro Monat, während die Stadt Zürich mit den Parkplätzen der Blauen Zone ein konkurrenzlos günstiges Konkurrenzangebot für gerade einmal 25 Franken im Monat anbietet. Ist sich der Stadtrat bewusst, dass die nach wie vor bestehende Parkplatzerstellungspflicht unter diesen Umständen für Bauherrschaften gravierende finanzielle Auswirkungen hat? Wegen des städtischen Konkurrenzangebotes können Private ihre ungenügend ausgelasteten Parkierungsanlagen häufig nicht rentabel betreiben. Zudem sind sie gezwungen über die Wohnungsmieten unerwünschte Quersubventionierungen vorzunehmen, was die Wohnungsmieten verteuert. Gibt es hierzu Untersuchungen und was sagen diese aus?
4. Wie viele Projekte zur Kompensation von Parkplätzen in der Blauen Zone wurden im Laufe der letzten Jahre umgesetzt und wie viele Parkplätze wurden damit aufgehoben (gebeten wird um eine Liste dieser Projekte und der Anzahl der aufgehobenen Parkplätze)?
5. Bei welchen geplanten oder realisierten Strassenprojekten wurde in den letzten fünf Jahren auf eine Reduktion von Parkplätzen im öffentlichen Grund verzichtet, obwohl Ersatzneubauten mit Parkplätzen in der Nachbarschaft der Strassenprojekte realisiert worden sind (gebeten wird um eine Liste der geplanten und realisierten Strassenprojekte inkl. Anzahl Parkplätze auf der Strasse und auf den Grundstücken der Ersatzneubauten; jeweils vor und nach dem Bau)?
6. Wie viele Parkplätze in der Blauen Zone können 2015 und während der folgenden 4 Jahre kompensatorisch aufgehoben werden?

7. Ist der Stadtrat bereit, dafür zu sorgen, dass bei künftigen Planaufgaben gemäss Strassengesetz nicht nur die vorhandenen und geplanten Parkplätze der städtischen Strassenbauprojekte sondern auch die Parkplätze auf dem angrenzenden Privatgrund mitberücksichtigt und in die Parkplatzbilanz miteinbezogen werden?
8. Am 13. November 2013 wurde das Projekt an der Leimbachstrasse gemäss § 13 Strassengesetz ausgeschrieben. Dabei wurde auf die Umsetzung des Richtplaneintrags einer kommunalen Veloroute vom Marbachweg bis zur Maneggpromenade bergwärts verzichtet, um keine Strassenparkplätze aufheben zu müssen. Dies ist doppelt unverständlich. Einerseits hat die Genossenschaft Kleeweid einen Ersatzneubau mit einer genügend grossen Anzahl Parkplätze auf privatem Grund erstellt. Andererseits ist der Strassenquerschnitt der Leimbachstrasse mit 6 m relativ eng. Bergwärts fahrende Velofahrende werden dadurch von den Bussen der VBZ beim Überholen an den Rand gedrängt, wo sie der Gefahr öffnender Autotüren ausgesetzt sind. Das ist brandgefährlich. An der Pressekonferenz zum Masterplan Velo vom 8. November 2012 haben die StadträtInnen Mauch, Genner und Leupi festgestellt, dass durch eine Parkierung am Strassenrand die Verkehrssicherheit für Velofahrende halbiert werde. An dieser ungenügenden Planung ändert sich auch nichts, wenn in der Leimbachstrasse Tempo 30 gelten soll, da – bedingt durch die Steigung – das Tempo der Velofahrenden sehr tief ist. Da seit der Ausschreibung nach § 13 und dem Bericht zu den nicht berücksichtigten Einwendungen vom 14. Januar 2014 keine weitere Ausschreibung nach § 16/17 Strassengesetz erfolgt ist und kein Betrag im Budget 2016 eingestellt wurde: Wie ist der aktuelle Stand der Planung, wird der behördenverbindliche Auftrag, eine kommunale Veloroute zu realisieren, umgesetzt und wann findet dies statt?

Mitteilung an den Stadtrat

1365. 2015/345

Schriftliche Anfrage von Severin Pflüger (FDP) und Claudia Simon (FDP) vom 28.10.2015:

Kennzahlen betreffend dem 3. Kindergartenjahr, Entwicklung der Zahlen in den Quartieren sowie mit Bezug auf die Demographie

Von Severin Pflüger (FDP) und Claudia Simon (FDP) ist am 28. Oktober 2015 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Am 14. November 2012 wurde eine schriftliche Anfrage eingereicht (GR-Nr. 2012/426), um zu klären, ob es eine Tendenz zu einem vermehrten 3. Kindergartenjahr gibt. Dies konnte damals verneint werden. Die Antworten waren trotzdem sehr erhellend. Die Thematik des 3. Kindergartenjahrs beschäftigt aber auch drei Jahre später noch sehr. Aus diesem Grund bitten die Anfragenden um einen Follow-up:

1. Wir bitten um die Weiterführung der in der Beantwortung von GR-Nr. 2012/426 genannten Zahlen.
2. Betrachtet man diese fortgeführten Zahlen, hat es dann für den Stadtrat wesentliche Änderungen gegeben?
3. Ist bei Kindergärten, bei denen auf Grund der Demographie im Quartier weniger Kinder zu erwarten sind, häufiger ein 3. Kindergartenjahr zu beobachten?
4. Gibt es in Bezug auf die Häufigkeit des 3. Kindergartenjahrs grosse Unterschiede zwischen den Quartieren?

Mitteilung an den Stadtrat

1366. 2015/346

Schriftliche Anfrage von Ezgi Akyol (AL) vom 28.10.2015:

Unterbringung von Asylsuchenden im Asylzentrum Juch und in der Zivilschutzanlage Saumstrasse in Wiedikon, Angaben zu den Belegungszahlen, der Infrastruktur und den Beschäftigungsmöglichkeiten

Von Ezgi Akyol (AL) ist am 28. Oktober 2015 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Am 15.07.2015 berichtete der Tages-Anzeiger ("Asylzentrum Juch braucht zusätzliche Plätze"), dass vorübergehend 48 Asylsuchende ab dem 20. Juli in der Zivilschutzanlage Saumstrasse in Wiedikon untergebracht werden sollen.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Im Artikel ist erwähnt, dass 48 Männer in der Zivilschutzanlage für höchstens sieben Nächte untergebracht werden sollen.
 - a. Trifft es zu, dass es sich nach wie vor um 48 Männer handelt?
 - b. Trifft es zu, dass die Asylsuchenden höchstens für sieben Nächte in der Zivilschutzanlage untergebracht werden? Was war bis anhin die maximale Anzahl Nächte, die ein Asylsuchender dort untergebracht wurde?
 - c. Gibt es auch in der Zivilschutzanlage Pflegefachpersonen und/oder Seelsorger? Können die Asylsuchenden bei Bedarf ebenfalls die Psychosozialen Dienst der AOZ kontaktieren?
2. Im Artikel ist weiter erwähnt, dass die Belegung im Zentrum Juch, welche ursprünglich auf 300 Personen ausgerichtet war, vorübergehend auf maximal 330 Personen erhöht werden kann.
 - a. Wie hoch ist die aktuelle Belegung und welche Belegung wird für das nächste halbe Jahr erwartet?
 - b. Trifft es zu, dass die Aufenthaltsräume nicht mehr allen Platz bieten und deshalb zusätzlich Zelte aufgestellt werden mussten?
 - c. Wenn ja, wie viele Zelte wurden aufgestellt und wie viele Menschen halten sich durchschnittlich dort auf? Wie sind die Zelte ausgestattet?
 - d. Reichen die Sanitären Anlagen, der Essensbereich und Wetter adäquate Kleidung für die zusätzliche Belegung aus?
 - e. Gibt es genug Beschäftigungsmöglichkeiten (Lern- und Freizeitangebote, Zusatzaufgaben im Zentrum und gemeinnützige Beschäftigungsprogramme) für alle Asylsuchenden?
 - f. Wo halten sich die 48 Männer, welche in der Zivilschutzanlage schlafen müssen, tagsüber auf? Welche Rückzugsmöglichkeiten haben sie tagsüber? Wo können sie ihre Wertsachen, Kleider und privaten Effekten tagsüber aufbewahren?
 - g. Findet der Stadtrat es zumutbar und verhältnismässig, dass sich die betroffenen Männer von 07.00-21.30 Uhr, also 14.5 h, nur in den Zelten und/oder in den Aufenthaltsräumen aufhalten können?
 - h. Gibt es Pläne, die Kapazitätsobergrenze für das Zentrum Juch weiter zu erhöhen? Wenn ja, wie wird eine menschenwürdige Unterbringung gewährleistet?
3. Gemäss Presseberichten soll die Zivilschutzanlage bis Ende Oktober im Einsatz sein, mit Verlängerungsoption.
 - a. Wird von dieser Option Gebrauch gemacht?
 - b. Wenn ja, welche besonderen Vorkehrungen sind für die Wintermonate geplant?
 - c. Ist ein weiterer Ausbau solcher (temporären) Nutzungen von Zivilschutzanlagen geplant?
 - d. Wurden alternative Unterbringungsmöglichkeiten geprüft? Wenn ja, welche?
4. Trifft es zu, dass das Zentrum Juch seit kurzem teilweise auch als Empfangszentrum fungiert?
 - a. Wenn ja, wie viele Personen werden zugewiesen, die sich nicht im Testverfahren befinden?
 - b. Wenn ja, wie viele Tage verweilen sie im Juch?

Mitteilung an den Stadtrat

Kenntnisnahmen

Es liegen keine Kenntnisnahmen vor.

Nächste Sitzung: 4. November 2015, 17 Uhr.